

Berlin, Dienstag,
die Zeitung erscheint in der Woche
zweimal.

Bezugs-Preis:

Wortführer
Für ganz Deutschland 9 Mk.
Für Österreich 10 Mk.
Für Belgien, England,
Frankreich, Holland 11 Mk.
Für die Schweiz, Amerika usw. Kreuzband-
Sendung 20 Mk. für das Vierteljahr.

Berliner Börsen-Zeitung.

Bestellungen werden angenommen
bei allen

Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

Als besondere Beilagen erscheinen:
Verdingungs-Anzeiger.

Hotels- und Bäder-Anzeiger.

Vollständige Viehzuchtlisten der
Preussischen Klassen-Sellerie.

Allgemeine Verlosungstabellen
mit Restanten-Listen
und viele andere wichtige tabellarische
Uebersichten.

Insertions-Gebühr:

Die viergespaltene Zeile 50 Pf.
Reklameteil 1 Mk.

Fernsprecher:

Amt I, Nr. 243.

Telegramm-Adresse:
Börsenkrone.

Redaktion und Expedition: Berlin W. 8., Kronenstr. Nr. 37.
Annahme der Inserate: In der Expedition.

Reise-Abonnement.

Während der Reise-Zeit nehmen wir Wochen-
Abonnements auf beliebige Dauer an unter
täglichem Zustellung der Zeitung per Streifenband;
der Preis stellt sich für den Umfang des Deutschen
Reiches sowie für Sendungen nach Oesterreich-
Ungarn auf 1 Mark 50 Pf., für Sendungen
nach den übrigen Staaten auf 1 Mark 75 Pf.,
pro Woche. Bestellungen nimmt die unter-
zeichnete Expedition entgegen.

Abonnenten, welche ihr zu Hause abonniertes
Exemplar regelmäßig an einem anderen Orte
zu erhalten wünschen, wollen wie folgt ver-
fahren: a) haben sie bei einer Postanstalt
abonniert, so wollen sie bei der Postanstalt
ihres Wohnortes die Ueberweisung ihres
Exemplars nach dem neuen Aufenthaltsort bei
gleichzeitiger Zahlung der Ueberweisungsgebühr
beantragen; b) empfangen sie ihre Zeitung
durch einen Spediteur, so wollen sie bei diesem
die Ueberweisung des Exemplars an die Post
unter Zahlung der Ueberweisungsgebühr ver-
anlassen.

Die Expedition
der Berliner Börsen-Zeitung.
Kronenstr. 37.

Vom Tage.

Ministerpräsident Bieleke begab sich gestern
von Budapest nach Wien und wird dort vom König in
Aufsicht empfangen werden.

Der russische Reichsrat nahm die Vorlage des
Reichsratswahlgesetzes in der von dem
russischen Gouvernement in der von der
Duma genehmigten Fassung an.

Im englischen Unterhause begannen gestern
die Verhandlungen über die einzelnen Bestimmungen
des neuen Finanzgesetzes.

Das Karlsruher Landgericht lehnte das Gesuch um
Wiederaufnahme des Verfahrens gegen den ehemaligen
Rechtsanwalt Karl Hau ab.

Konservative Taktik.

Nachdem einmal die „konservativ-liberale Paarung“
den Weg alles Fleisches gegangen und der Block für
alle Teile zu einer interessanten und für die Liberalen
gleichzeitig zu einer „lehrreichen Erinnerung“ ge-
worden ist, hätten die Konservativen es eigentlich gar
nicht mehr nötig, über die eigentlichen Beweggründe,
von denen sie sich haben leiten lassen, noch einen
Schüler zu verbreiten. Man weiß ja doch längst,
dass ihnen „die ganze Richtung nicht paßt“, die seit
zwei Jahren und etwas darüber hinaus an der
Tagesordnung war, und daß für sie vor allem die
in der letzten preussischen Thronrede angekündigte
Wahlreform der Stein des Anstoßes war. Ehe sie
bulden, daß von ihrer Uebermacht in Preußen auch
nur ein Trüffelchen, ein noch so kleiner Bruchteil ab-
bröckele, ehe sie sich daran setzen, daß der Liber-
alismus ein wenig Einfluß gewinne, gehen sie, sich
das Mianesche „Wenige vor!“ zur Richtschnur neh-
mend, lieber mit dem Zentrum zusammen, das in
diesem Punkte die gleichen Interessen und
überdies noch befandenen Grund hat, mit
dem Fürsten Bülow abzurechnen. Aber so offen auch
dieser Zusammenhang zutage liegt, so macht es doch
nach außen hin, auf das Land, einen besseren Eindruck,
die wirklichen Beweggründe der Konservativen zu ver-

schleiern und den Schein zu erwecken, als seien die
Konservativen nur in der Abwehr gegen den Liberalis-
mus. Man gibt deshalb nicht nur nicht zu, daß die
Konservativen auf eine Parteiherrschaft resp. auf Er-
haltung ihrer bisherigen Vormachtstellung ausgehen
— eine solche Behauptung könne vielmehr nur, wie
es in der letzten inneren Wochenrundschau des führen-
den konservativen Organs heißt, von Voreingenommen-
heit oder bösem Willen aufgestellt werden! —,
sondern man dreht auch noch den Spieß um. Und zwar
indem man mit deutlicher Spitze gegen die Liberalen
behauptet, es lasse sich durchaus berechtigtermaßen
„von Verleumdungen, die Regierung unter die Herrschaft
einer Partei zu bringen, reden, sobald diese Partei
ihre Mitwirkung an Vorlagen im Bewußtsein oder in
dem Glauben ihrer Unentbehrlichkeit von Konzeptionen
auf anderen Gebieten in rein parteipolitischen Interesse
abhängig macht.“

Schade nur für die Konservativen, daß bereits viel
zu viel Beweise dafür vorliegen, daß ihr schroffer
und beharrlicher Widerstand gegen die Erbschaftsteuer
tatsächlich nicht rein sachlichen Beweggründen ent-
spricht, sondern, zum wenigsten in der Hauptsache,
dem Wunsch, dem Liberalismus den Weg auch nur
zur einer bescheidenen Einkunftsnahme auf die Gestal-
tung des innerpolitischen Lebens im Reiche und in
dem größten Einzelstaate zu verlegen. „Steuer-
fragen und Wahlrechtsfragen gehören zu-
sammen“, wörtlich so schrieb das leitende Blatt der
Konservativen schon am 21. April; und weiter in
demselben Artikel: „Sowie unsere Verfassung einmal
ist, muß die Reichsregierung, weil sie 500 Millionen
Steuern braucht und von dem demokratischen Reichstag
bewilligt erhalten muß, der Demokratie Konzeptionen
machen. Die erste und kleinste ist
die Reichserbschaftsteuer. Andere werden nach-
folgen.“ Und dann: „Die Steuerreform ist nur ein
Vorpiel zum größeren Kampf um das
preussische Wahlrecht, nach dessen Fall die
Demokratie im Reich vollendet würde.“ Kann da
auch nur noch der geringste Zweifel daran platz-
greifen, weshalb die Konservativen mit einem Eifer,
der einer besseren Sache würdig wäre, darauf bestehen,
den Liberalismus bei den Entscheidungen über die
Reichsfinanzreform anzuschalten und das Geschäft
lieber mit dem Zentrum zu machen? „Konzeptionen“ an
den Liberalismus seitens des Reichsfanzlers und der
verbündeten Regierungen fürchtet man; Konzeptionen,
die zunächst in der preussischen Wahlrechtsreform
gipeln, dann aber, wenn diese zustande gekommen,
noch darüber hinausgehen könnten zum Nachteil der
einseitigen konservativen Herrschaft in Preußen! Das
und nichts anderes ist bei dem Konflikt, bei dem
Bruch des Blockverhältnisses, bei der Ablehnung der
Erbschaftsteuer, des Bundes kern. Nur darauf ist
es auch zurückzuführen, daß die konservative Partei-
leitung es durchgesetzt hat, auch alle diejenigen
Fraktionsmitglieder, die bereits willens waren, der
Erbschaftsteuer zuzustimmen, wieder in das Lager
der Gegner dieser Steuer zurückzugewinnen. Erst
jüngst noch hat in einer Versammlung im Wahlkreise
Muppinger-Tempelhof dessen konservativer Vertreter Abg.
Dietrich seinen Standpunkt dahin kundgegeben, daß er
„nicht prinzipieller Gegner der Erbschaftsteuer an
sich sei“, sondern daß er ihr Gegner sei „nur im
gegenwärtigen Zeitpunkt“. Gibt es eine bessere Ver-
ständigung für die Zukunft, daß alle die sogenannten
sachlichen Einwände, alle sogenannten sittlichen Bedenken
gegen die Erbschaftsteuer, der famose „Familienstump“ und
die Beforgnis, die Steuer könnte später noch erhöht
und dadurch der Bauer „ruiniert“ werden, nur vor-
geschoben sind? Ein klassisches Zeugnis ebendafür
liegt auch vor in einem an die Mitglieder des „Preus-
sischen konservativen Vereins“ vor einigen
Wochen veränderten Flugblatt, in dem es wörtlich
heißt:

„Die Konservativen sehen in jeder einzelnen
freijünnigen Hauptforderung die größte

Gefahr für die Zukunft des Landes. Sie ver-
gessen auch unter der Herrschaft der Blockpolitik
nicht, daß der bürgerliche Liberalismus und Freisinn
Hand in Hand mit der Sozialdemokratie in mehr
oder weniger scharfer Form folgende Ziele verfolgt:
Die Schwächung der Stellung des Monarchen zu-
gunsten einer möglichst unumschränkten Herrschaft
der zufälligen Parlamentsmehrheit; die Ueberwindung
des christlichen Geistes in Staat, Schule und Haus;
die Abschaffung des Schutzes von Landwirtschaft
und Industrie, welche nach konservativer Ueber-
zeugung den Zusammenbruch unseres gesamten
wirtschaftlichen Lebens zur Folge haben würde.“
Und was plauderte vor ganz kurzem ein konser-
vativer Schriftsteller und gelegentlicher Mitarbeiter der
„Kreuz-Zeitung“ in der „Allg. evang. Kirchenzeitg.“ offen
aus? Er schrieb ganz unbefangen, vielleicht ohne zu
ahnen, wie er sich damit gegen die konservative Taktik
verjüngte, wortwörtlich:

„Hinter das Geheimnis der parlamentarischen
Kämpfe unserer Tage kommt man nur dann,
wenn man sie losgelöst von der Finanzreform be-
trachtet; denn die will im Grunde jeder bewilligen,
und über die Ausführung könnte man sich leicht
einigen. Es handelt sich um etwas ganz anderes,
nämlich um den abgeschlagenen Versuch, mit einer
liberalen Aera, die uns heischt werden
sollte.“

Und weiter:
„Da stemmen die Konservativen sich entgegen,
ja sogar eine Reihe von Freunden der Erbschaft-
steuer innerhalb der Fraktion erklärte, nummehr
unter allen Umständen einmütig dagegen zu votieren,
um die Ohnmacht des alleingelassenen Blocks zu
demonstrieren und das Begleitende der Politik
nach links energisch aufzuhalten. Das er-
kärte vieles von der Situation der letzten vierzehn
Tage; nur der bestrebt sie, der zufällig weiß, daß
die Konservativen von den panliberalen Luft-
schiffen und Wülfen „Nichtabgelenktheit“ recht-
zeitig Wind bekommen haben. Es handelte sich also
um die Verhütung eines Systemwechsels,
nicht um die Verhütung einer Volksteuer.“

Das genügt ja wohl! Das läßt ja wohl hin-
reichend erkennen, von welchen Beweggründen die
Konservativen geleitet sind, wenn sie die Finanzpläne
der Regierung, in erster Linie die Erbschaftsteuer,
weil diese nun einmal zum Schicksal geworden ist,
bekämpfen. Der Liberalismus soll und muß aus-
geschaltet werden, damit die Regierung fürderhin
nicht mehr auf den Gedanken komme, dem Liberalis-
mus auch nur die geringsten Konzessionen zu machen.
Und nur um diesen wirklichen Zusammenhang zu ver-
hüllen, macht man es wie der Fuchs, dem das Lamm
das Wasserlein trübt, und klagt die Herrschaftsgelüste
der Liberalen an.

Telegramme.

Breslau, 21. Juni. (G. T. C.) Die Verhand-
lungen des Journalistentages wurden nachmittags
fortgesetzt. Nach einem Referat Gießens-Frankfurt a. M.
über die Regelung des Reise-Unterstützungswesens
wurden die diesen Punkt betreffenden Anträge des
Frankfurter Journalisten- und Schriftsteller-Vereins
und des Journalisten-Vereins Hamburg ange-
nommen. Dann hielt Rechtsanwalt Armer-Breslau
ein Referat über die Frage: „Wie wird durch die
neue Strafprozeßordnung und durch die Novelle zum
Strafgesetzbuch eine Abhilfe der von der Presse
wiederholt beklagten Uebelstände des Strafverfahrens
und des Strafrechts herbeigeführt?“ und über die
Frage des Urheberrechts. Die Abfassung einer ent-
sprechenden Resolution, welche morgen vorgelegt
werden soll, wurde den Herren Gießens-Frankfurt a. M.
und Armer-Breslau übertragen. Hierauf wurden
die Verhandlungen um 5 Uhr abgebrochen. Heute
abend findet Empfang im Remter des Rathhauses statt.

Kiel, 21. Juni. (G. T. C.) Die Prinzessin
Cecilie Friedrich ist heute nachmittag hier ein-
getroffen und hat im Prinzenhause Wohnung ge-
nommen.

Karlsruhe, 21. Juni. (G. T. C.) Das Land-
gericht hat das Gesuch um Wiederaufnahme des Ver-